

Ikonisierung und Trivialisierung des Staatsgründers

Der tagespolitische Gebrauch Muhammad Ali Jinnahs

Nils Rosemann

Während Pakistan am 14. August den sechzigsten Jahrestag seiner Existenz begeht, feiert Indien einen Tag später das runde Jubiläum seiner Unabhängigkeit. In Abgrenzung zum Rivalen Indien blickt Pakistan nicht auf seine mehrere Jahrtausende alte Geschichte, sondern auf die emanzipatorischen Versuche der Muslime unter britischer Herrschaft zurück. Der Fokus liegt dabei häufig auf dem Vater der Nation (*Baba-e-Qaum*), Mohammad Ali Jinnah (25.12.1876–11.09.1948). Jinnah erscheint in Pakistan omnipräsent zu sein und ist doch so weit weg. Sein Konterfei begrüßt die Passanten auf dem Weg vom Flughafen in Rawalpindi in die etwas mehr als zehn Kilometer entfernte Hauptstadt Islamabad.

Von einem Hügel links des Islamabad Highway – der in Islamabad dann auf die mehrspurige Jinnah Avenue trifft – thront er über seinem staatstragenden Zitat „Glaube, Einheit, Disziplin“. Am 28. Dezember 1947 ermahnte Jinnah die Verwaltungselite der Eisenbahn: „Ich habe keine Zweifel, dass wir mit Einheit, Glauben und Disziplin nicht nur das fünftgrößte Land der Erde bleiben, sondern uns mit jeder Nation messen können. ... Wir müssen Individualismus und nichtige Eitelkeiten begraben und uns stattdessen entscheiden, den Menschen mit Ehrlichkeit und Treue zu dienen.“ Sechzig Jahre nach diesem Ausspruch ist Pakistan immer noch fünfgrößtes Land, wenn auch die Zentralregierung auf Grund der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Belutschistan und den paschtunischen Stammesgebieten nicht im gesamten Land regiert. Weit entfernt ist Pakistan davon, sich mit allen Ländern der Welt zu messen. Dafür braucht es mehr als nur Atomraketen.

Jinnah war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweifelsohne eine Ausnahmeerscheinung. Als Anwalt, Politiker und – in gesundem Zustand – Le-

bemann, adoptierte er in den 1930er Jahren die Idee Muhammad Iqbal (09.11.1877–21.04.1938) von einer eigenen Heimstatt der Muslime auf dem indischen Subkontinent, trennte sich politisch von der Kongresspartei Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehru's und schuf mit der Muslimliga *Allah's own country*. „Einige Personen verändern bleibend den Lauf der Geschichte. Wenige verändern die Landkarte der Welt. Kaum jemand kann sich die Gründung eines Nationalstaates zugute schreiben. Mohammad Ali Jinnah tat alles Drei“, resümiert Stanley Wolpert in seiner Biographie Jinnahs. Mit Pakistan, dem „Land der Reinen“ erschuf sich neben Vatikanstadt und Israel ein Land aus quasi-göttlichem Ratsschluss selbst.

Die Existenz eines Landes hängt jedoch nicht nur von seiner Gründung, sondern vor allem von seinen Institutionen und deren Rückhalt in der Bevölkerung ab. In Anbetracht seines desolaten Gesundheitszustandes konzentrierte sich Jinnah nach der Staatsgründung auf seine Visionen für Pakistan, die – wie am Beispiel der Bildungspolitik und der Rolle der Armee aufgezeigt werden soll – binnen kurzem allerdings zu leeren Phrasen geworden sind.



Jinnahs Konterfei am Islamabad-Highway bei Nacht

Nils Rosemann

Jinnah erlebte lediglich den ersten Jahrestag der Staatsgründung, bevor ihn seine Tuberkulose besiegte. Sein frühes Ableben trug zur Ikonisierung, aber auch zur Trivialisierung seiner Person bei. So kann es schon vorkommen, dass nicht nur der Große Führer (*Quaid-i-Azam*) und sein *spiritus rector* Muhammad Iqbal, sondern gleich noch Mickey Mouse die zu Feierlichkeiten präsentierte Staatsflagge schmückt. Sinnentleert wird Jinnah in Pakistans Alltagspolitik zitiert – keine Stadt ohne Jinnah Avenue, Jinnah-Bibliothek und kein Vortrag ohne Jinnah-Zitat. Die Referenz zu Jinnah ist dabei selten Ausdruck des Kampfes für die Verwirklichung seiner Visionen, die mehr als nur eine Staatsgründung umfassten.



Iqbal, Jinnah und Mickey Mouse

Bildungspolitik als Test für Jinnahs Visionen

Pakistans mittelfristiger Entwicklungsplan 2005-10 (*Medium Term Development Framework 2005-10*) beginnt noch vor dem Vorwort des Präsidenten General Pervez Musharraf mit vier Zitaten Jinnahs. Unter ihnen seine Ausführungen über Bildung vom 27. November 1947: „Es gibt keinen Zweifel, die Zukunft unseres Landes wird und muss überwiegend von der Art der Bildung abhängen, und der Art und Weise, in der wir unsere Kinder als die zukünftigen Diener Pakistans erziehen.“ Der Entwicklungsplan stellt dann später ernüchternd fest: „Pakistan befindet sich an einem extrem sensiblen Zeitpunkt, an dem richtige Entscheidungen, Prioritäten und Strategien im Bildungssektor ... es ermöglichen, auf dem Weg einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung vorwärts zu gehen, aber deren Abwesenheit oder schlechte Umsetzung diese einmalige Gelegenheit vergibt.“ Es sei deshalb notwendig, den Zugang und die Qualität der Bildung und Bildungseinrichtungen zu verbessern, so die staatliche Planungskommission als Autorin des Entwicklungsberichts.

Anspruch und Wirklichkeit fallen dabei ungefähr soweit auseinander, wie Bildungs- und Militärbudget. Für das Haushaltsjahr 2006-07 wurden 13 Millionen Euro (1,05 Milliarden PKR) für die Renovierung und Instandsetzung von Schulen, sowie deren Versorgung mit Elektrizität, Wasser und sanitären Einrichtungen budgetiert. Das sind 0,42 Prozent des 3,1 Milliarden Euro (250 Milliarden PKR) umfassenden offiziellen Militärhaushalts. Von diesen Geldern wurden in den er-

sten drei Quartalen des Haushaltsjahres gerade einmal 20 Prozent (2,6 Millionen Euro bzw. 210 Millionen PKR) in Anspruch genommen.

So stellt die statistische Wirtschaftserhebung (*Economic Survey 2006-07*) denn auch fest, dass von insgesamt 216490 Bildungseinrichtungen etwas mehr als die Hälfte in zufrieden stellendem Zustand sind, während 26 Prozent kleinere und 17 Prozent größere Reparaturen brauchen und 5,7 Prozent (immerhin mehr als 12000 Schulen) unbrauchbar sind. Ihnen fehlen Gebäude, Wände, Elektrizität, Wasser oder sanitäre Einrichtungen. Der schlechte physische Zustand der Schulen kann als Indikator für die Qualität genommen werden und wird für die geringeren Einschulungszahlen sowie hohen Abbruchzahlen verantwortlich gemacht. So stagniert die Alphabetisierung der über Zehnjährigen um die 56 Prozent, während Pakistan zur Atommacht aufstieg.

Jinnah und die Armee

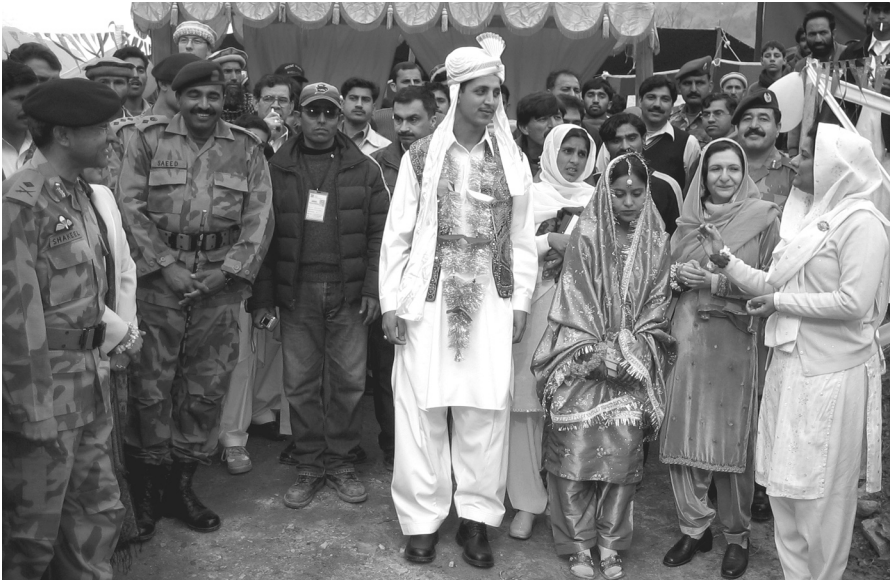
„Würde der „Große Führer“ (*Quaid-i-Azam*) noch leben, gäbe es keine Militärherrschaft“, so Anwalt Sharifuddin Pirzada am 6. Juni 2007 vor einer Sonderkammer des Obersten Gerichts. Anwalt Pirzada nimmt für sich selbst in Anspruch, dass es Jinnah persönlich war, der ihm einst geraten hatte, Jura zu studieren. Heute zitiert er den Großen Führer und vertritt die von General Pervez Musharraf ernannte Regierung gegenüber dem widerspenstigen Obersten Richters Iftikhar Mohammad Choudhary, dessen Entlassung vor dem Sondertribunal verhandelt wird. Präsident General Pervez Musharraf wirft diesem Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft vor und schlussfolgerte am 9. März 2007, dass sein verfassungsmäßiges Recht, den Obersten Richter zu ernennen, im Umkehrschluss auch die Befugnis zu dessen Entlassung enthalte. Während Benazir Bhutto und Nawaz Sharif als Köpfe der in der *Alliance for the Restoration of Democracy* zusammengeschlossenen Oppositionsparteien Pakistanische Volksfront

und Muslimliga (Nawaz-Fraktion) im Exil leben, bedienen sich die Gegner der Militärherrschaft des Richters Chaudhry als Projektionsfläche für ihren Kampf gegen die Herrschaft Musharrafs. Mittlerweile stilisiert sich der Konflikt im Wahljahr 2007 zu einer Spiegelfechterei zwischen Demokratie und Militär, an dessen Ende ein typischer pakistanischer Kompromiss stehen wird, bei dem sich nichts ändert, alle ihr Gesicht wahren und Musharraf vor allem seine Uniform und das Präsidentenamt behält.

Immerhin war es eben jenes Oberstes Gericht, das Musharrafs Staatsstreich 1999 einerseits als verfassungswidrig bezeichnet hatte, es aber andererseits mit dem Argument der Notwendigkeit rechtfertigte und seine umstrittene Verfassungsänderung von 2003 abnickte. Einige Richter traten damals aus Protest zurück. Nicht unter ihnen war der heutige Verfechter der Demokratie, Richter Choudhary. Die Verfassungsänderung Musharrafs manifestierte den in ihm materialisierten Machtanspruch des Militärs auf die Politik. Ein Anspruch, der klar im Gegensatz zu Jinnahs Vision steht. Dieser ermahnte das noch junge Offizierskorps Pakistans bei seinem Besuch in der Militärakademie Quetta am 14. Juni 1948: Wer als Soldat den Eid auf Regierung und Verfassung ablege, habe sich „zu erinnern, dass die vollziehende Gewalt vom Staatsoberhaupt auszugehen hat. Jede Anweisung oder Befehl den ihr empfangt kann nicht ohne Billigung der obersten Verwaltung erfolgen. Dies ist die Herrschaft des Rechts.“ Indem die Armee den Präsidenten als oberste Exekutivgewalt stellt, wird die von Jinnah verfochtene Gewaltenteilung *ad absurdum* geführt.



Eine auf Eigeninitiative betriebenen Mädchenschule in Upper Swat, da die staatliche Schule keine Lehrer hat (2006)



Armeeoberbefehlshaber bei einer von der Armee organisierten Massenhochzeit im Erdbebengebiet (Balakot 2006)

Pakistans heutige Elite sucht allerdings wie Jinnah den Schulterschluss zwischen Politik, Armee und Großgrundbesitzern, bzw. deren heutigem Äquivalent der Globalisierungsprofiteure. Jinnah war klar, dass ohne Armee die blutige Teilung nicht hätte vollzogen werden können. Und im ersten Kaschmirkrieg 1947/48 waren es nicht reguläre Truppen, sondern die gegenüber dem kaschmirischen Maharadscha Hari Singh meuternden *Gilgit Scouts* und die Privatarmee des Fürsten (*Mehtar*) von Chitral, die Pakistan die heute zentral verwalteten *Northern Areas* sicherten. Die von Jinnah in die Unabhängigkeit geführte Muslimliga stellte den letzten demokratisch legitimierten Premierminister Nawaz Sharif und legitimiert heute in der nach ihm als „Führer-Fraktion“ benannten Mehrheit Musharrafs Regierung.

Seit seiner Machtergreifung 1999 hat Musharraf sich mit Shaukat Aziz als derzeitigem Regierungschef ein ihm gefälliges Kabinett gezimmet, kritische Generäle in den Ruhestand versetzt und ihm loyale Weggefährten mit Führungspositionen bedacht. Seine Verfassungsänderung von 2003 sicherte ihm das Präsidialamt, die Generalsuniform und das Recht, das Parlament aufzulösen sowie den Premierminister zu entlassen. Die letzten beiden Kompetenzen unterliegen der Kontrolle des Obersten Gerichtes und es ist gut möglich, dass im Wahljahr 2007 dies

der Grund für die Auseinandersetzungen mit Richter Choudhary ist. Aziz könnte dabei als Bauernopfer für eine Lösung der Krise dienen und seine Abberufung gleichzeitig den Weg für eine neue, Musharraf-loyale Mehrheitsregierung nach der Parlamentswahl frei machen.

Jinnah: Fundus und Ikone

Beide Beispiele von Referenzen zu Jinnah lassen erkennen, dass wenn in Pakistan rationale Argumente fehlen, die Flucht in die Transzendenz folgt. Im Namen Allahs, des Propheten und des Großen Führers Jinnah wird gestritten, begründet oder einfach nur behauptet. Wer in Pakistan Diskussionen über ausbleibende Veränderungen führt, sieht sich immer wieder dem Argument gegenüber, dass es nicht auf das Ergebnis, sondern auf die Absicht ankomme. Jinnahs Visionen spiegelten seine guten Absichten dar, und das sei wichtig. Der Zirkelschluss der Argumentation schließt sich dort, wo Jinnahs Visionen erneut als politische Ziele aufgenommen werden, ohne ihnen Taten folgen zu lassen.

Interessanterweise lebt die einzige Tochter Jinnahs, Dina Wadia, nicht in dem Land, das ihn als Vater der Nation adoptierte, sondern zieht es vor, entweder bei ihrem Sohn in Indien oder ihrer Tochter in den USA zu wohnen. Die für die pakistanische Tagespolitik hilfreiche

Außenperspektive führte bei ihrem ersten Besuch seit dem Tod ihres Vaters dazu, dass sie 2004 in das Gästebuch des Mausoleums in Karatschi schrieb: „Möge sein Traum für Pakistan wahr werden.“ Ihr Sohn Nusli Wadia begleitete sie auf ihrem Besuch. Jinnahs Enkel ergänzte: „Mein Traum, hierher zu kommen hat sich erfüllt. Ich werde zurückkommen, um zu sehen dass sein Traum wahr wird.“

Zwar hat sich Pakistan nicht von den Visionen seines Staatsgründers getrennt, wohl aber von dem Weg, den Jinnah dem noch jungen Land vor seinem Tod aufgezeigt hat, um aus Visionen konkrete Ziele, Projekte und Ergebnisse entstehen zu lassen. Individualismus und Eitelkeiten führten zu einem Ausmaß an Korruption, das jede Entwicklung des Landes behindert. Die Omnipräsenz des Militärs in Wirtschaft und Politik haben die Demokratie und den Rechtsstaat zur Fassade werden lassen.

Das Establishment in Pakistan hat jedoch kein Interesse, das Vermächtnis Jinnahs zu verwirklichen. Einen solchen Versuch hatte Jinnahs Schwester Fatima Jinnah (30.07.1893-08.07.1967) die „Lady von Pakistan“ (*Khatoon-e-Pakistan*) und „Mutter der Nation“ (*Madar-e-Mil-lat*) unternommen. Der frühe Tod ihres Bruders und ihre eigenen Aufopferung für dessen Gesundheit führten zur Übertragung des Gründermythos auf sie. Als der selbsternannte Feldmarschall Ayub Khan im ersten Putsch in der Geschichte Pakistans 1958 die Macht an sich riss, stellte sich Fatima Jinnah gegen dessen demokratischen Legitimierungsversuch von 1965. Getragen von einem breiten Oppositionsbündnis ließ sie sich als Gegenkandidatin aufstellen und unterlag nur knapp – manche sagen, nur aufgrund von Wahlbetrug.

2007 ist wieder Wahljahr und von einem Gegenkandidaten General Musharrafs für das Präsidialamt fehlt jede Spur. Es gibt auch keine Anzeichen für eine veränderte Mehrheit im Parlament. Sechzig Jahre nach der Staatsgründung bleiben Jinnahs Visionen, was sie sind: Visionen.